

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Felser, Franziska Gminder, Stephan Protschka, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/29770 –**

### **Ganzheitliche Waldstrategie durch Stärkung forstlicher Dienstleistungsunternehmer ermöglichen**

#### **A. Problem**

Für die Fraktion der AfD ist zur Bewältigung der für sie u. a. auf die Extremwetterereignisse der letzten Jahre zurückgehenden gegenwärtigen Krise der deutschen Forstwirtschaft ein ganzheitlicher Lösungsansatz erforderlich. Ihr zufolge kann die Fokussierung auf Einzelaspekte, z. B. Schutz der Biodiversität, einem ausgeglichenen Ansatz im Dreiklang der Waldfunktionen (Ökonomie – Ökologie – Sozialfunktion) kaum gerecht werden. Die Fraktion der AfD erklärt mit Verweis auf einen Artikel in einer Fachzeitschrift für Waldwirtschaft, dass die Multifunktionalität des Waldes in Deutschland immer weiter aufgegeben und insbesondere einzelnen Zielen, wie dem „Naturschutz“ und der „Biodiversität“, gegenüber der Nutzfunktion ein Vorrang eingeräumt wird.

Die Antragsteller kritisieren, dass, obwohl es zunehmend gut geschulten Fachpersonals bedarf, es für den Beruf des Forstmaschinenfahrers in Deutschland bisher noch keinen anerkannten Ausbildungsberuf gibt. Derzeit organisieren sich ihnen zufolge deutsche Lohnunternehmen selbständig und versuchen Nachwuchskräfte über Schulungen und Kurse im Schnelldurchgang anzuleiten und zu formen. Die Etablierung eines eigenständigen Ausbildungsberufes „Forstmaschinentechniker“ ist deshalb für die Fraktion der AfD dringend geboten und wird ihren Angaben zufolge von der Branche der forstlichen Dienstleister seit Jahren gefordert.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/29770 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, den Beruf des Forstmaschinentechnikers als neuen Ausbildungsberuf in Deutschland anzuerkennen und eine auf die Belange und Anforderungen des Forstmaschinentechnikers angepasste Ausbildungsverordnung zu schaffen. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, zugunsten der Umsetzung einer ganzheitlichen Waldstrategie bzw. zur Stärkung der forstlichen Nutzfunktion insbesondere in Landesforstbetrieben, Kommunal- und Körperschaftswäldern keine weiteren Forstbestände über das (im Rahmen der Nationalen

Strategie zur biologischen Vielfalt) anvisierte 5-%-Ziel hinaus aus der Nutzung zu nehmen.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/29770 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

### **Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft**

**Alois Gerig**  
Vorsitzender und Berichterstatter

**Isabel Mackensen**  
Berichterstatterin

**Stephan Protschka**  
Berichterstatter

**Karlheinz Busen**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

**Friedrich Ostendorff**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Alois Gerig, Isabel Mackensen, Stephan Protschka, Karlheinz Busen, Dr. Kirsten Tackmann und Friedrich Ostendorff**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 230. Sitzung am 20. Mai 2021 den Antrag auf **Drucksache 19/29770** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Für die Fraktion der AfD ist zur Bewältigung der für sie u. a. auf die Extremwetterereignisse der letzten Jahre zurückgehenden gegenwärtigen Krise der deutschen Forstwirtschaft ein ganzheitlicher Lösungsansatz erforderlich. Ihr zufolge kann die Fokussierung auf Einzelaspekte, z. B. Schutz der Biodiversität, einem ausgeglichenen Ansatz im Dreiklang der Waldfunktionen (Ökonomie – Ökologie – Sozialfunktion) kaum gerecht werden. Die Fraktion der AfD erklärt mit Verweis auf einen Artikel in einer Fachzeitschrift für Waldwirtschaft, dass die Multifunktionalität des Waldes in Deutschland immer weiter aufgegeben und insbesondere einzelnen Zielen, wie dem „Naturschutz“ und der „Biodiversität“, gegenüber der Nutzfunktion ein Vorrang eingeräumt.

Häufig wird nach Ansicht der Antragsteller der Begriff Naturschutz mit einer „Flächenstilllegung“ gleichgesetzt. Dies dient ihnen zufolge weder der Natur, der Artenvielfalt, noch der CO<sub>2</sub>-Speicherfähigkeit des Waldes und seiner Produkte. Auch Substitutionseffekte, d. h. der Ersatz fossiler Rohstoffe durch Holz, bleiben für sie ungenutzt. Im Rahmen der Krisenbewältigung sollte nach Auffassung der Fraktion der AfD das Hauptaugenmerk zukünftig auch auf die Nutzfunktion und somit auf den positiven Beitrag des reproduzierbaren Rohstoffes Holz für eine ökologische und nachhaltige Wirtschaftsweise gelegt werden. Besonders Privatforstbetrieben sollten den Antragstellern zufolge dahingehend freie Entscheidungsmöglichkeiten in der Form der Bewirtschaftung und Waldverjüngung belassen werden.

Voraussetzung dafür ist nach Auffassung der Fraktion der AfD die Ausbildung und Förderung des forstlichen Berufstandes. Forstliche Dienstleistungsunternehmen spielen für die Antragsteller dabei eine zunehmend wichtige Rolle, denn ihrer Ansicht nach werden sich positive Betriebsergebnisse zukünftig nur durch die stetig zu steigende Effizienz einer modernen und entsprechend spezialisierten Holzerntetechnik erzielen lassen, wie sie überwiegend durch private forstliche Dienstleistungsunternehmen eingesetzt wird. Sie übernehmen nach Angaben der Fraktion der AfD heute rund 80 Prozent des gesamten Holzeinschlags. Die Antragsteller machen darauf aufmerksam, dass die Bedienung entsprechender Maschinen komplex ist, nicht allein motorische oder handwerkliche Fähigkeiten, sondern auch ausgewiesene EDV-Kenntnisse und den sicheren Umgang mit digitalen Prozessen erfordert.

Die Antragsteller kritisieren, dass, obwohl es in diesem Zusammenhang zunehmend gut geschulten Fachpersonals bedarf, es für den Beruf des Forstmaschinenfahrers in Deutschland bisher noch keinen anerkannten Ausbildungsberuf gibt. Derzeit organisieren sich ihnen zufolge deutsche Lohnunternehmen selbständig und versuchen Nachwuchskräfte über Schulungen und Kurse im Schnelldurchgang anzuleiten und zu formen. Die Etablierung eines eigenständigen Ausbildungsberufes „Forstmaschinentechner“ ist deshalb für die Fraktion der AfD dringend geboten und wird ihren Angaben zufolge von der Branche der forstlichen Dienstleister seit Jahren gefordert. Die Antragsteller erklären, dass in Deutschland die Schaffung und Zulassung eines neuen Ausbildungsberufes eine Beteiligung zahlreicher fachlicher Gremien, Gewerkschaften und Verbände und die Unterstützung der Fachministerien erfordert.

Die Fraktion der AfD verweist darauf, dass es in Deutschland den Beruf des Forsttechnikers gibt, der eine Qualifikationsstufe zwischen dem anerkannten Ausbildungsberuf „Forstwirt“ und dem „Forstingenieur“ einer Fachhochschule darstellt. Die Forsttechnikerschule vermittelt gemäß der Antragsteller keine Kenntnisse in der Bedienung und dem Umgang moderner Forstmaschinen wie Harvester und Forwarder. Dies ist ihnen zufolge auch beim bestehenden Beruf „Forstwirt“ nicht der Fall, bei dem das Anforderungsprofil des Forstmaschinenfahrers nicht abgedeckt wird. Die Fraktion der AfD legt mit Verweis auf den Österreichischen Forstunternehmerverband e. V. dar, dass in Österreich der Ausbildungsberuf Forstmaschinentechniker mit einer dreijährigen Ausbildungsdauer erstmals im Juni 2016 zugelassen wurde und eine Spezialausbildung für Harvester, Forwarder und Seilkran umfasst.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/29770 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. den Beruf des Forstmaschinentechnikers als neuen Ausbildungsberuf in Deutschland anzuerkennen;
2. eine auf die Belange und Anforderungen des Forstmaschinentechnikers angepasste Ausbildungsverordnung zu schaffen;
3. zugunsten der Umsetzung einer ganzheitlichen Waldstrategie bzw. zur Stärkung der forstlichen Nutzfunktion insbesondere in Landesforstbetrieben, Kommunal- und Körperschaftswäldern keine weiteren Forstbestände über das (im Rahmen der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt) anvisierte 5-%-Ziel hinaus aus der Nutzung zu nehmen.
4. Naturwälder mit hohem ökologischem Wert zum Erhalt der Artenvielfalt und Biodiversität zu schützen und aus der Nutzung zu nehmen (z. B. Truppenübungsplätze der Bundesforsten).

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 100. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/29770 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 131. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/29770 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 115. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/29770 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 76. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/29770 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/29770 in Verbindung mit dem Antrag der Fraktion der FDP „Holzverfügbarkeit sicherstellen – Marktbeschränkungen sofort aufheben“ auf Drucksache 19/29758 in seiner 87. Sitzung am 9. Juni 2021 abschließend beraten. Aus diesem Grund sind die Wortbeiträge der Fraktionen in der Beschlussempfehlung und Bericht zu der Drucksache 19/29758 textidentisch.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie stimme im Wesentlichen mit den Aussagen der Fraktion der SPD überein, dass das, was an Hilfsmaßnahmen des Bundes für den Waldbau und die Waldbesitzer gelaufen sei, gut und wichtig gewesen sei. Die Fraktion der CDU/CSU hätte kein Verständnis für die aktuelle Situation am Holzmarkt. 36 Millionen (Mio.) Kubikmeter Schadholz lägen aktuell noch in den deutschen Wäldern. Ein Exportstopp würde hierbei nicht helfen, da dessen Genehmigung, weil er über die Europäische Union (EU) laufen müsste, zu lange dauern würde. Die Fraktion der CDU/CSU hätte schon erste Signale aus der Sägeindustrie bekommen, dass sich die Situation allmählich entspanne. Sie hoffe, dass der gewisse „Klopapierereffekt“, d. h. Hamsterkäufe beim Holz im großen Stile, sich schnell beruhigten. Zum Antrag der Fraktion der AfD sei zu sagen, dass sicherlich noch mehr Kompetenz in den Wäldern und mehr forstliches Personal, aber keine reine „Maschinen“ für Forstgeräte gebraucht würden. Auch die Waldarbeit in den Sommermonaten sei schon heute im gewissen Rahmen erlaubt. Die Forderung der Fraktion der FDP, die Beschränkungen beim Holzeinschlag aufzuheben, bedeutete in der Konsequenz, maximal drei bis dreieinhalb Mio. mehr Kubikmeter Holz zu mobilisieren im Vergleich zu 36 Mio. Kubikmeter Holz, die noch an Schadholz in den Wäldern lägen. Die Bundesländer hätten heute schon die Möglichkeit, eine Bagatellgrenze zu erlassen, welche den Einschlag von 75 Festmeter Holz unabhängig von den Einschlagsbeschränkungen je Betrieb vorsähe. Damit könnten viele Kleinwaldbesitzer wieder Frischholz einschlagen. Die Fraktion der CDU/CSU warne davor, jetzt in Hektik und Aktionismus in Bezug auf den Wald zu verfallen. Der Wald, der langsam wachse, sei für sie das Sinnbild der Nachhaltigkeit. Wenn jetzt aus unvernünftigen Gedanken heraus zu viel Holz eingeschlagen werde, werde es nachher bereut. Vernunft und Ruhe seien die besten Mittel gegen das, was im Moment am Holzmarkt passiere. Die beiden Anträge wären daher nach Überzeugung der Fraktion der CDU/CSU kontraproduktiv.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, mit ihrem Antrag versuche die Fraktion der AfD erneut, „Fake News“ zu verbreiten. Die Fraktion der SPD würde es interessieren, wie die Fraktion der AfD darauf komme, dass von der Bundesregierung oder den sie tragenden Fraktionen der CDU/CDU und SPD eine Stilllegung von Forstflächen vorangetrieben werde. Von der Bundesregierung seien gerade zuletzt große Summen für den Wald in Deutschland zur Verfügung gestellt worden, weil von ihr die Notwendigkeit gesehen werde, dass der bewirtschaftete Wald umgebaut werden müsse. Insgesamt stünden hierfür insgesamt 1,5 Milliarden (Mrd.) Euro zur Verfügung, u. a. im Rahmen des sogenannten Corona-Konjunkturpaketes und über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), da insbesondere die Länder für die Waldbewirtschaftung mit ihren Landesforsten zuständig seien. Wenn Menschen den Antrag der AfD läsen, die ggf. mit dem Thema nicht vertraut seien, könnten diese möglicherweise dem Glauben schenken, was die Fraktion in ihrem Antrag fordere. Das betreffe auch die angeblichen Defizite bei der Aus- und Fortbildung in den Forstberufen. Seit 2009 gebe es eine etablierte bundeseinheitliche Fortbildungsregelung zum Forstmaschinenführer/zur Forstmaschinenführerin als Verordnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf der Basis des Berufsbildungsgesetzes. Das sei zusammen mit den Akteuren und den Ländern entwickelt worden. Der Antrag der Fraktion der FDP vermittele den falschen Eindruck, dass es beim Rundholz einen Mangel gebe. Dabei sei das Gegenteil der Fall. Das Statistische Bundesamt habe 2020 festgestellt, dass mit 80,4 Mio. Kubikmetern so viel Holz wie noch nie seit der Wiedervereinigung in Deutschland eingeschlagen worden sei. Die derzeitige Krise auf dem Holzmarkt liege nicht daran, dass zu wenig Holz vorhanden sei. Besonders traurig sei, dass die derzeit hohen Preise nicht bei den Waldbesitzenden ankämen. Weder die privaten Waldbesitzer, die die Fraktion der FDP wenig überraschend in ihrem Antrag besonders hervorhebe, noch die kommunalen Waldbesitzenden hätten von den hohen Preisen einen Vorteil.

Die **Fraktion der AfD** legte dar, in den vergangenen Jahren sei in Deutschland aufgrund verschiedener Extremwetterereignisse und den nachfolgenden Borkenkäferbefällen sehr viel Kalamitätsholz bei den Nadelbaumarten angefallen. Die deutsche Forstwirtschaft befinde sich immer noch in der Krise. Um diese zu bewältigen, werde ein ganzheitlicher Lösungsansatz benötigt. Das viele Kalamitätsholz müsse endlich aus den Wäldern heraus. Das Ganze könne nur bei aktiver Waldbewirtschaftung gelingen. Deshalb müsse das Hauptaugenmerk auf die Nutzung der Wälder gelegt werden. Denn nur, wenn Holz auch genutzt werde, könne z. B. Kohlenstoff gebunden werden. Zudem fordere die Fraktion der AfD, dass forstlichen Dienstleistungsunternehmen der Holzeinschlag auch in den Vegetationsmonaten zwischen März und August ermöglicht werde. Eine wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung der Herausforderungen der hiesigen Forstwirtschaft sei vor allem die Ausbildung und Förderung des forstlichen Berufstandes. Bisher gebe es in Deutschland für den Beruf des Forstmaschinenfahrers noch keinen anerkannten Ausbildungsberuf, obwohl dafür gut geschultes Fachpersonal benötigt werde. Aus diesem Grund fordere die Fraktion der AfD auch, dass der Ausbildungsberuf „Forstmaschinentechner“ in Deutschland geschaffen

werde, sowie es von der Branche selber gewünscht werde und im Nachbarland Österreich bereits umgesetzt worden sei. Derzeit gebe es eine starke Nachfrage nach Nadelschnittholz und Holzbauprodukten im Inland und besonders auf den wichtigen Exportmärkten China und USA, die zu enormen Preisanstiegen geführt hätten. Die Marktlage bei Holz sei jedoch sehr dynamisch. Die mittlere und langfristige Marktentwicklung sei trotz der augenblicklich gestiegenen Nachfrage nicht abzusehen. Starke Markteingriffe müssten, sofern überhaupt nötig, mit Bedacht gewählt werden. Daher werde sich die Fraktion der AfD zum Antrag der Fraktion der FDP enthalten.

Die **Fraktion der FDP** betonte, in ihrem Antrag gehe es hauptsächlich darum, dass sie die Einschlagbeschränkungen nach dem Forstschäden-Ausgleichsgesetz unbedingt aufheben lassen wolle. Das dahinter stehende Ziel sei, dass der Holzmarkt beruhigt werden müsse. Alle Fraktionen wüssten, wie schwierig es auf dem hiesigen Holzmarkt derzeit aussehe. Die Preise gingen in die Höhe und das Holz werde immer knapper. Es werde mit weiteren Preissteigerungen in Zukunft noch zu rechnen sein, wenn die Russische Föderation ab 2022 wie angekündigt ihr Exportverbot für Rundholz verhängen werde. Es sollten dringend auf Ebene der EU Gespräche geführt werden, um ein solches Exportverbot der Russischen Föderation abzuwenden. Da alle Fraktionen wüssten, wie wichtig und ernst die Lage auf dem Holzmarkt sei, bitte sie diese, ihrem Antrag gemeinsam zuzustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** wies darauf hin, der Antrag der Fraktion der FDP greife eine Diskussion auf, die geführt werden müsse. Die in ihm vorgeschlagenen Lösungen gingen allerdings am Problem vorbei. Die Frage der Holzverfügbarkeit sei über den Markt, wie von der Fraktion der FDP favorisiert, überhaupt nicht zu erreichen, weil dieser es nach dem „besten Geld“ löse, was gerade für den regional, gemeinwohlorientiert, ökologisch und klimapolitisch vernünftigen Marktteilnehmer schwierig sei. Das Problem, dass derzeit sehr viel Holz in den Export gehe, sei beim nationalen Waldgipfel der Bundesregierung diskutiert worden. BMn Julia Klöckner (BMEL) hätte dort richtigerweise darauf verwiesen, dass es sinnvoller sei, Holz im Wesentlichen regional zu verarbeiten und zu vermarkten. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD müssten die Frage beantworten, wie sie dieses Ziel hinbekommen wollten, d. h. welche Vorstellungen sie hätten, um diese Forderung von BMn Julia Klöckner (BMEL), die die Fraktion DIE LINKE. teile, in die Tat umzusetzen. Den Holzeinschlag nochmals zu erhöhen, bedeute noch mehr Verlust an Fläche, die mit Wald bestockt sei, was problematisch sei. Andererseits könne die Fraktion DIE LINKE. den Frust bei denjenigen verstehen, die von der Politik die ganze Zeit über aufgefordert worden wären, möglichst viel mit Holz zu bauen. Diese stellten zu Recht fest, dass sie mit den derzeitigen Preisen nicht mithalten könnten und Lieferengpässe hätten. Das bedeute, dass die Strategie der Kaskadennutzung unter massiven Druck stehe, weil alles, was ihnen politisch vorgegeben worden sei, sich im Moment nicht erfüllen lasse oder nur auf Kosten von finanziellen Problemen. Es dürfe nicht nur über Kaskadennutzung und regionale Wertschöpfung geredet werden, sondern es müssten von Seiten der Politik entsprechende Rahmenbedingungen verankert werden. Wenn das nicht der Fall sei, dann werde das Holz, was hier dringend aus ökologischen, sozialen und ökonomischen Gründen gebraucht werde, eher nach Übersee gehen. Das wäre weder im Interesse des Gemeinwohls, der einheimischen Holzindustrie oder der Baubranche. Besonders bitter sei es, dass derzeit von Seiten des Staates viel Geld für den Waldumbau und für die Waldbesitzenden ausgegeben werde, was vom Grundsatz richtig sei, aber an dem Boom, der auf spekulativer Basis im Hintergrund liefe, die Waldbesitzenden nicht teilnähmen. Hier fülle der Staat eine Lücke, die durch das Verhalten von Sägeindustrie und Wertschöpfungskette aufgerissen würde, was so nicht gehen könne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, in Bezug auf den Antrag der Fraktion der AfD könne sie die Aussage der Fraktion der SPD bestärken, dass es bei ihm überwiegend um „Fake News“ gehe. Der im Antrag der Fraktion der AfD behauptete angebliche Vorrang von Naturschutz und Biodiversität in Wirtschaftswäldern sei ein Phantom. Zudem spreche die Fraktion der AfD von ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftsweisen, meine damit aber das Gegenteil. Daher sollte sie diese Worte besser nicht verwenden, wenn sie sie gar nicht verstehe. Die Fraktion der AfD fokussiere sich einseitig auf maximalen Holzertrag. Damit würde sie einen hochriskanten Irrweg gehen. Zudem sei der Antrag widersprüchlich. Die Fraktion der AfD rede in ihrem Antrag davon, dass keine Wälder aus der Nutzung genommen werden sollten, um im nachfolgenden Satz davon zu sprechen, dass wertvolle Wälder aus der Nutzung genommen werden sollten. Erstaunlich sei, dass die Fraktion der AfD von der CO<sub>2</sub>-Bindung im Holz rede, wo doch diesbezüglich sonst immer von dieser Fraktion etwas anderes zu hören sei. Der Antrag der Fraktion der FDP sei kurios, weil er davon spreche, dass der Frischholzeinschlag in den Staatsforsten deutlich zu erhöhen sei, was nicht ernstgemeint sein könne. Die Fraktion der FDP wolle den Holzeinschlag über eine normale Nutzungsform bzw. über den Zuwachs hinaus deutlich erhöhen, nur um den Markt bedienen zu können. Das wolle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den hiesigen Wäldern nicht antun. Es sei fraglich, ob mehr Frischholz etwas nütze, wenn die Sägewerkskapazitäten, die ansonsten sehr hoch seien, aber

momentan ausgelastet seien, dessen Verarbeitung nicht leisten könnten. Kurios sei, dass die Fraktion der FDP weiterhin die Steuererleichterungen, die den Waldbesitzenden nach dem Forstschäden-Ausgleichsgesetz für die Einschränkungen gewährt würden, weiter gewähren wolle. Das sei schamlos und traurig zugleich. Ferner wolle die Fraktion der FDP weiterhin weitere Unterstützung für die Schadholzberäumung. Diesbezüglich sei schon viel Geld ausgegeben worden, d. h. die Forstbetriebe arbeiteten schon heute am Limit. Dass die Fraktion der FDP jetzt die Aufhebung des Einschlagstopps fordere, aber genau diese Maßnahme von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, an die sie selber beteiligt sei, initiiert worden sei, sei ebenfalls kurios.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/29770 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Alois Gerig**  
Berichtersteller

**Isabel Mackensen**  
Berichterstellerin

**Stephan Protschka**  
Berichtersteller

**Karlheinz Busen**  
Berichtersteller

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstellerin

**Friedrich Ostendorff**  
Berichtersteller